

Leitartikel

Andernorts

Entwicklungshilfe ohne Ideologie

Mehr Geld allein bringt gar nichts: Die armen Länder müssen ihre Hausaufgaben selber machen, um aus der Armut herauszukommen.

Christoph Vollenweider

Vor sechs Wochen geriet ein Thema für kurze Zeit in die Schlagzeilen, das sonst nur von kleinen Kreisen diskutiert wird: der Umfang der finanziellen Hilfe der reichen Staaten zur Bekämpfung der weltweiten Armut. Anlass dafür war der so genannte Millennium + 5-Gipfel der Uno, an welchem fünf Jahre nach der Verkündung der «Millenniumsziele» eine Zwischenbilanz gezogen wurde. Diese fiel nüchtern aus. Nur wenige Staaten konnten einen Teil der sieben Entwicklungsziele der Uno erreichen.

Auch die Schweiz am Pranger

Diese Ernüchterung bot zahlreichen Politikern und Organisationen Anlass, wieder die alte Gebetsmühle zu drehen: Die reichen Staaten wurden wegen der angeblich zu geringen Hilfe an die ärmsten Länder kritisiert. Namentlich jene Staaten wurden an den Pranger gestellt, welche sich weigern, ihre finanziellen Mittel für die Entwicklungshilfe zu steigern. Als Richthöhe hatte die Uno einst 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes festgesetzt. Zu den kritisierten Ländern gehört auch die offizielle Schweiz. Namentlich einige Hilfswerke und kirchliche Kreise liessen die Gelegenheit nicht aus, die Landesregierung zu tadeln und mehr Geld für die Hilfe an die Ärmsten zu fordern.

Diese Kritik ist allerdings nur auf den ersten Blick verständlich, in Tat und Wahrheit ist sie falsch, da sie an der Realität vorbeizieht. Zunächst sei lediglich festgehalten, dass die Höhe der eingesetzten Finanzmittel noch

nichts über die Qualität der damit geleisteten Arbeit aussagt.

Ernüchterung weit und breit

Trotz jahrzehntelanger massiver Hilfe hat sich die Armut in vielen Regionen der Erde nicht zurückentwickelt, interessanterweise vor allem nicht in jenen Staaten, welche von der Hilfe insgesamt am meisten begünstigt wurden. Dazu gehören viele Staaten Afrikas, denen es heute – trotz eingesetzten Hilfsmilliarden und dem jahrzehntelangen Einsatz hochbezahlter ausländischer Personen – wesentlich schlechter geht als vor 25 Jahren, ja wesentlich schlechter als es ihnen unter der Kolonialherrschaft ging.

Die Entwicklungshilfe gleicht oft einem Fass ohne Boden, immer wieder kommt es zu Misserfolgen, Rückschlägen und Frustrationen, oft muss von vorne angefangen werden. Das heisst aber überhaupt nicht, dass es nicht auch erfolgreiche Hilfsprojekte gibt, die langfristig Früchte tragen und vielen Menschen ein besseres Leben ermöglichen. Oft sind es die kleinen privaten Hilfswerke, die erfolgreich wirken, oder Missionswerke, die unspektakulär und ohne Steuergelder sehr viel Gutes tun. Gerade aus der Schweiz kommt viel wertvolle Hilfe.

Gründe für die Misere

Geht man den Gründen für die Misserfolge nach, so stösst man immer wieder auf ähnliche Bilder: Die von der ausländischen Hilfe begünstigten Regionen oder Dorfgemeinschaften sind oft nicht in der Lage, die mit fremder Hilfe aufgebaute Infrastruktur langfristig zu unterhalten. Oftmals sind die Menschen vor Ort nicht fähig, sich von der ausländischen Hilfe wirklich abzunabeln und auf eigenen Beinen zu stehen: In vielen Staaten hat man sich schlicht an das Geld aus dem Ausland gewöhnt. Auch wurden Verantwortungsträger zu wenig darauf vorbereitet, die

einmal gebauten und eingerichteten Brunnen, Wasserleitungen, landwirtschaftlichen Projekte oder Gesundheitsdienste aus eigener Kraft weiterzuführen, da man ihnen wirtschaftliches Denken und damit die Fähigkeit, genügend eigene Mittel zu generieren, kaum wirklich beigebracht hatte.

Die ausländische Hilfe hat viele einheimische Fachleute an das automatisch hereinfließende Geld gebunden, so dass sie nichts unternehmen müssen, um ihre Kapazitäten für ihr Land auf andere Weise einzusetzen. Und schliesslich haben die Experten aus dem Ausland selbst kaum einen wirklichen Anreiz dafür, dass ihre Hilfe tatsächlich wirksam wird, denn dann würden sie ihre Arbeit verlieren: In Europa lebt eine ganze Industrie von Fachleuten und Funktionären von den Geldern der Entwicklungshilfe.

Alte Dogmen

Wenn ausländische Hilfe Erfolg haben soll, so müssen zuallererst alte Dogmen und Ideologien über Bord geworfen werden: Die Schuld an der Armut vieler Staaten tragen nicht einfach die reichen Staaten, sondern diese armen Länder selber respektive deren Eliten, die der Armut in ihren eigenen Gesellschaften oft genug mit erschreckender Verachtung und Gleichgültigkeit begegnen. Beispiele dafür gibt es genug: Die meisten lateinamerikanischen Staaten sind potenziell reich, haben aber ihren Reichtum verschleudert: Venezuela beispielsweise hat wenig getan, um seinen gewaltigen Erdölsegen erfolgreich für die Entwicklung des Landes und zur Bekämpfung der Armut einzusetzen. In Afrika haben 25 Jahre Mugabe-Herrschaft genügt, um das in der Kolonialzeit blühende Land in ein hungerleidendes Armenhaus zu verwandeln. Auch in Ruanda, dem langjährigen Hätschelkind der internationalen Entwicklungshilfe, wurde durch einen Völkermord, der unter den Augen der ausländischen Exper-

ten vorbereitet wurde, jahrzehntelange Arbeit über Nacht vernichtet.

Es ist kein Zufall, dass viele arme Staaten unter einer gravierenden Korruption sowie unter Vetternwirtschaft und einer aufgeblähten Bürokratie leiden, die jeden Ansatz eines selbstständigen Unternehmertums im Keime ersticken. Pikanterweise gehören die Protagonisten dieser Länder zu denjenigen Politikern, die vor der Uno am lautesten mehr Hilfe von den reichen Staaten fordern. In die öffentliche Kritik geraten Mugabe und Chavez indessen kaum je.

Förderung des Unternehmertums

Der peruanische Ökonom Hernan de Soto, der von vielen Linken gerade wegen seiner unbequemen Ansichten gemieden und gehasst wird, hat seine eigenen Thesen für die Gründe der Armut vieler Staaten aufgestellt und durch zahlreiche empirische Untersuchungen vor Ort erhärtet. Dabei hat er die Ursachen der Armut in den jeweiligen aufgeblähten Bürokratien gefunden, welche in doppelter Hinsicht höchst schädlich sind: Sie verhindern die Entfaltung eines Unternehmertums oder treiben diese – gerade wenn es in den unterprivilegierten Schichten entsteht – in die Illegalität. Die Folgen davon sind Misswirtschaft einerseits und die Schattenwirtschaft andererseits, die das von ihr erarbeitete Kapital volkswirtschaftlich nicht genügend einsetzen kann, da es sich um illegales Kapital handelt.

Was die armen Staaten dringend brauchen, sind Ausbildung in gesundem Unternehmertum und Kapitalismus. Dazu gehören in erster Linie Rechtssicherheit und Eigentumsgarantie sowie schlanke und korruptionsfreie Bürokratien, letztlich demokratisch funktionierende Staatswesen. Vor allem hier müsste die Entwicklungshilfe ansetzen, wenn sie langfristig Erfolg haben soll, denn nur wirtschaftlicher Erfolg der breiten Bevölkerung bekämpft die Armut.

Im Blindflug



Christian Weisflog, Moskau

Flug Nowosibirsk–Moskau. «Wir sitzen wie in einem Flugzeug und wissen nicht, ob der Treibstoff reicht», meint mein Sitznachbar Sergej Popow, Kameramann beim Staatsfernsehen. Damit spielt er nicht auf unser sowjetisches Grossraumflugzeug, sondern auf den Blindflug des russischen Riesenreichs an. «Wir wissen nicht, ob wir Asiaten oder Europäer sind», sagt der studierte Germanist, der in regelmässigen Abständen ein Gläschen Wodka kippt. Der Alkohol löst den Frust in seiner russischen Seele: «Es hat keinen Sinn, über Russland zu diskutieren. Selbst ich, der viel reist, verstehe es nicht», resigniert der Mitvierziger und schenkt nach.

Die fehlende Identität, der Mangel an Idealen und die Verlorenheit in den Weiten Eurasiens scheinen die Wurzeln von Schlendrian und Passivität in Russland zu sein. «Wir wissen, dass der chinesische Einfluss wächst und wir den Fernen Osten vielleicht verlieren werden, wir wissen um Korruption und das organisierte Verbrechen, aber niemand tut etwas. Weil wir Russen zu faul sind», ereifert sich Sergej.

Kennen Sie das russische Wort «Awos»? Für Sergej bedeutet es nichts weniger als Russland auf vier Buchstaben reduziert. «Awos» heisst so viel wie aufs Geratewohl, auf gut Glück. Zu Sowjetzeiten trugen die Menschen immer eine «Awoska», eine zusammenfaltbare Tragtasche bei sich. Man wusste ja nie, ob es nicht plötzlich irgendwo etwas zu kaufen gab.

Heute steht man auch in Russland vor vollen Regalen, Moskau ist eine pulsierende Metropole: Häuser schiessen in die Höhe, westliche Konzerne investieren, die Wirtschaft wächst dank steigender Erdölpreise und in den Regionen entstehen neue Boomräume. Aber trotz dem materiellen Aufschwung schreit es überall von den Wänden «Awos» – aufs Geratewohl.

Russland schwebt zwischen Vergangenheit und Zukunft. Das Gebäude wurde nur hastig mit neuer Farbe überstrichen, ohne den Schmutz erst zu entfernen oder gar das Fundament zu erneuern. Das Imperium fiel 1991 auseinander, aber das imperialistische Bewusstsein ist geblieben, eine neue Idee fehlt. Anstatt zu sich selbst zu finden, wird darüber nachgedacht, wie man erneut im Konzert der Grossen mitspielen kann.

Dabei liegen noch so viele Leichen im eigenen Keller. Allein der Name «Russländische Föderation» ist problematisch. Seit Putins Rezentralisierung ist Russland de facto keine Föderation mehr. Es handelt sich zudem immer noch um einen Vielvölkerstaat. Die Bezeichnung «Russländisch» impliziert aber den Führungsanspruch eines Volkes und kollidiert mit der Idee nationaler Selbstbestimmung. Das ethnische Prinzip ist für die russische Identität noch immer wichtig und begründet einen tief verwurzelten Rassismus.

Alle drei Hauptpfeiler eines modernen Staates – Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt – sind in Russland instabil. Russland ist wie Magma. In welche Richtung fliesst es? Wird es zu edlem Gestein oder porös und brüchig? Bereits droht die nächste Eruption. Erwartet wird sie für 2008, wenn die nächsten Präsidentschaftswahlen anstehen – sofern der Treibstoff bis dahin reicht. Alles starrt gebannt auf dieses Jahr, darüber hinaus gehen die Gedanken in Russland noch nicht. «Awos» – auf gut Glück, Russland!

Rückspiegel

«Wir fordern...»

«Also, meine Mitbürger, fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt.» Der Satz aus der Antrittsrede von US-Präsident John F. Kennedy wurde zum geflügelten Wort. Aber tiefe Kerben hat er im gesellschaftlichen Alltag nicht hinterlassen. Seit Januar 1961 ist viel Wasser den Potomac und all die andern Flüsse dieser Erde runtergeflossen. Die politische Linke huldigt unverdrossen einem Staatsverständnis, das alles Gute von oben erwartet, koste es, was es wolle. Die bürgerliche Alternative hält zwar nichts vom Etatismus, aber ihr Pochen auf individuelle Leistung ist auch nicht gerade Rückenwind für uneigennützig Basisarbeit im Staat.

So kommt es denn, dass in der Parteien-, Verbände- und Betroffenheitsdemokratie Schweiz immer mehr öffentliche Verlautbarungen mit der Melodie beginnen «Wir fordern...», «Wir verlangen...», «Wir erwarten vom Bundesrat...» All diese Rippenstösse in Richtung Bern (oder Zürich) wären legitimerter, würden die Verfasser dieser stets gleich konstruierten und mit Anklagetönen garnierten Petitionen folgenden Einstieg wagen: «Wir haben das Problem intensiv studiert und bieten zur Lösung unsere Mithilfe an, da wir uns mitverantwortlich für das Wohl des Landes und seiner Bevölkerung fühlen.»

Zu naiv gedacht? – Vermutlich schon. Das Ellenbogen-Zeitalter hält mehr von der Boxer-Devise «Immer feste drauf, und immer auf den Kopf». Im Austeilen sind wir enorm stark, die Nehmerqualitäten allerdings lassen sehr zu wünschen übrig. Hinter dicken Forderungskatalogen kann man prima die eigene Wehleidigkeit verstecken. (Bdt)



(Stefan Egli, Wetzikon)

Bild der Woche: Im «ZOOberland»